

zunehmend schwieriger, ihre Aufgaben wahrzunehmen: Ärzte und Zahnärzte stünden immer stärker im Spannungsfeld zwischen medizinischen Möglichkeiten, wirtschaftlichen Zwängen, rechtlichen Vorgaben und Patientenwünschen. Die Ärzte würden nur noch „sehr, sehr vorsichtig“ zum Rezept greifen. Besonders die miserabile Datenlage zwingt sie dazu.

Bei der Diskussionsrunde rechtfertigte Klaus Kirschner MdB (SPD) die Politik der Bundesregierung. Es gelte zunächst, Wirtschaftlichkeitsreserven zu finden und die vorhandenen Ressourcen richtig zu nutzen. Ulf Fink, MdB (CDU/CSU) forderte eine Abkehr von der Budgetierung und warnte vor der zunehmenden Verstaatlichung. Dr. Dieter Thomae MdB (FDP) sagte, es sei zu prüfen, ob bei der Beitragsbemessung der gesetzlich Versicherten neben dem Arbeitslohn noch andere Vertriebs-einkünfte herangezogen werden könnten.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, Gudrun Schach-Walch, warf dem Bündnis vor, die Bürger bewusst zu verunsichern und Ängste zu schüren. Die SPD stehe dazu, dass die gesetzliche Krankenversicherung weiter für jeden das medizinisch Notwendige bereitstellen müsse.

des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Dr. Bernd Wegener, hat auf wesentliche Probleme des deutschen Gesundheitswesens hingewiesen und die Bereitschaft seines Verbandes bekundet, bei deren Lösung konstruktiv mitzuarbeiten.

Auf der Hauptversammlung seines Verbandes in Berlin sagte Wegener, das deutsche Gesundheitssystem mit dem Anspruch auf Volleistung führe wegen seiner Kombination mit der Budgetierung zur Rationierung. Notwendig seien pluralistische Lösungsansätze, Eigenverantwortung, Selbstregulierung und die Stärkung der Selbstverwaltung. Er plädierte für weniger Staat und forderte die Abschaffung von Budgets. Auch die überkommenen Festbeträge, deren künftige Festsetzung seit Monaten in einem Festbetragsneuordnungsgesetz geregelt werden soll, müssten fallen.

Wegener sprach sich dafür aus, neue Versorgungsformen und vernetzte Strukturen zu fördern. Die medizinische Qualität sollte verbessert werden, damit gut ausgebildete Ärzte und aufgeklärte Patienten die Arzneimittelvielfalt für individuelle Pro-

Vorsitzende glaubt, dass eine Positivliste – nach welchen Kriterien auch immer erstellt – individuell sinnvolle Behandlungsalternativen für die GKV-Versicherten ausgrenzt. Er setzte sich statt dessen für Behandlungskorridore auf der Basis des publizierten Wissens ein. Das passende Arzneimittel richtig anzuwenden, obliege ärztlicher Erfahrung, die sich nicht in Listen regeln lasse, so Wegener.

Erwin Jordan, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium (BMG), verteidigte die rot-grüne Arzneimittelpolitik und stellte klar, dass ungeachtet aller Kritik die Negativliste ausgeweitet und die Positivliste vorbereitet werde. Eine Einschränkung der Therapiefreiheit des Arztes sei mit den Listen nicht verbunden. Denn die Listen würden alle Arzneimittel enthalten, die bei „behandlungspflichtigen Gesundheitsstörungen und Krankheiten wirksam und zweckmäßig einsetzbar sind“. Die vom BPI vorgetragene Kritik an der personellen Besetzung der Positivlisten-Kommission wies er mit dem Argument zurück, es handle sich nicht um ein Gremium der Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen.

Festbeträge verteidigte Jordan als ein „marktwirtschaftliches“ Instrument, weil

Ausgaben „milde“ begrenze. Festbeträge wirkten „unter dem Strich innovationsfördernd“. Sie seien besser als staatliche Preisfestsetzungen, wie es sie in anderen Ländern gebe.

Die Kritik der Industrie an den sektoralen Budgets bezeichnete der Staatssekretär als „nachvollziehbar“. Rot-Grün arbeite auf eine Öffnung der Sektoren hin und habe in der Reform 2000 die globale Budgetierung durchsetzen wollen, die mehr Flexibilität ermöglicht hätte. Dies hätte die Unionsmehrheit im Bundesrat verhindert.

Nach Worten Jordans will die Bundesregierung den Weg des Interessenausgleiches zwischen Krankenversicherten und Industrie fortsetzen, wie er in der Arzneimittelpolitik bei der 10. AMG-Novelle gegangen worden sei. Um die Nachzulassung zügig abwickeln zu können, seien die Verbände nach der Sommerpause eingeladen, an den organisatorischen Umsetzung der AMG-Novelle mitzuarbeiten. Damit die Nachzulassung wie vorgesehen bis Ende 2005 abgeschlossen sein könne, seien im Haushalt Mittel für die beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) erforderlichen zusätzlichen Planstellen bereitgestellt worden.

Kenversicherung (GKV) soll ab 2001 jährlich auf 1,2 Milliarden DM Beitragseinnahmen verzichten. Auf dieses Sparopfer zugunsten des Bundeshaushalts hat sich die Bundesregierung verständigt.

Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag finden dieses Manöver inakzeptabel. Der FDP-Abgeordnete Detlev Parr spricht von einem „dreisten Griff in die Taschen der Versicherten“.

Der Einnahmeausfall für die Krankenkassen soll den Haushalt des Bundesarbeitsministers entlasten. Die Bemessungsgrundlage für die Kassenbeiträge bei Beziehern von Arbeitslosenhilfe beträgt bisher 80 Prozent ihres früheren Bruttoeinkommens. Künftig soll die Bemessungsgrundlage deutlich darunter liegen, so dass die Bundesanstalt für Arbeit insgesamt 1,2 Milliarden Mark weniger an die Kassen zu überweisen hat.

Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) spricht von einem schmerzhaften aber akzeptablen Kompromiss. Tatsächlich sollte die Absenkung nach den Plänen von Arbeitsminister Riester und Finanzminister Hans Eichel (beide SPD) ursprünglich sogar doppelt so hoch ausfallen.

Deutschland hängt England ab

In der Biotechnologie wächst die Zahl der Firmen rasant / Ernst & Young legt Biotechnologie-Report vor

Berlin (kek) – In den vergangenen beiden Jahren verzeichnete die deutsche Biotechnologie-Industrie ein unvermindert hohes Wachstum. Gemessen an der Anzahl der Unternehmen hat Deutschland Großbritannien als bisher führende Biotech-Nation abgehängt.

Durch Fusionen und Akquisitionen müssen nun Unternehmen geschaffen werden, welche die erforderliche kritische Masse besitzen, um dem internationalen Konkurrenzdruck standzuhalten. Das ist eine der Kernaussagen des zweiten deutschen Biotechnologie-Reports, den die Ernst & Young Unternehmensberatung im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung organisierten „Biotechnologie-Tage 2000“ in Berlin

Alfred Müller, Vorstand und Chairman of International Life Sciences Practises von Ernst & Young, erläutert: „Allein in den letzten zwei Jahren wurden rund 100 sogenannte ELISCOs (Entrepreneurial Life Sciences Companies) – also Unternehmen, deren ausschließlicher Geschäftszweck die Kommerzialisierung der modernen Biotechnologie ist – gegründet. Dabei sind neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden.“ Die Etablierten unter ihnen hätten ihre ersten Deals mit großen, multinationalen Life Sciences-Konzernen abgeschlossen.

Auch durch die Ankündigungen über die bevorstehende Entschlüsselung des menschlichen Erbguts Ende 1999 sei in der breiten Öffentlichkeit ein großes Interesse an der Biotechnologie entstanden und hät-

Höhe schnellen lassen. Nach den Angaben Müllers haben die deutschen Biotechnologie-Unternehmen Venture Capital von mehr als 200 Millionen Euro im Jahr 1998 und rund 260 Millionen Euro im Jahre 1999 erhalten. Dabei waren deutsche Biotechs wie MediGene, Evotec und GPC biotech unter den weltweit höchsten Finanzierungsrunden. Durch Emissionserlöse bei Börsengängen konnten die deutschen Biotechnologie-Unternehmen im Jahr 1999 weiteres Eigenkapital in Höhe von 185 Millionen Euro akquirieren. „Top-Performer unter den Biotechs am Neuen Markt war MWG Biotech mit fast 400 Prozent Wertzuwachs im vergangenen Jahr“ sagte Müller. Ende 1999 betrug die Marktkapitalisierung der am Neuen Markt gelisteten Biotechnologie-Unternehmen fast vier Milliar-

AUS DEM INHALT

Behauptet: Für Selbstmedikation ist Deutschland entscheidend

Globalisierung und neue Medien fordern die Apotheker heraus. Es gilt, sich im Wettbewerb als Gesundheitszentrum zu profilieren. Seite 2

Neutralisiert: Listen haben Hochkonjunktur

Arzneimittel-Listen liegen im Trend. Doch je mehr Listen angefertigt werden, desto weniger Transparenz gibt es. Seite 2

Abgehängt: Hinkt Deutschland hinterher?

Den Aussagen einer Studie der Weltgesundheitsorganisation zufolge liegt das deutsche Gesundheitssystem weit abgeschlagen auf Platz 23 im internationalen Vergleich. Seite 4

Impressum Seite 8

Termine Seite 8

Postvertrieb: D 0420 ZENTRO MED DER ZEIT. JOSEF 50931 KULN

2149 X

2. DNSTELLE MANN-STR. 9

Unschelb. Zeitschriftenverlag, Pl. 11 02 62, 60037 Ffm.
 04019 0415839 00463
 0415839 00463
 OTHKE

Siehe Seiten Sie bei Korrespondenz mit dem Verlagsservice immer die stichtagsmäßige und nummer an (vollständiger Zehnerblock auf dem Adressenkopf). Unschelb. Zeitschriftenverlag Postfach 11 02 62, 60037 Frankfurt/Postvertriebsstück 2 4323 E. Endgültig bezahlt